



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 24884 - 83  
Fernschreiber 0886090

P/XIV/59 - 12. März 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

- |        |  |     |
|--------|--|-----|
| 1 - 1a | Die Bundeswehr verträgt keine CDU-Politruks<br>Das bisher übelste Stück der CDU-Hetze gegen die SPD  | 66  |
| 2 - 3  | Ursachen und Wirkungen der französischen Märzahlen<br>Eine aufschlußreiche Analyse<br>Von unserer Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer    | 67  |
| 4      | Frau Schwarzkaupts Giftpfeil<br>Von Dr. Adolf Arnst, MdB   | 31  |
| 5 - 6  | Die Hasslöcher wollen keine Raketen<br>Ein Dorf wehrt sich gegen Nike-Ajax -<br>Der Gemeinderat trat in den "Streik"<br>Von Günther Paschner | 105 |

\* \* \* \* \*  
\* \* \* \* \*

Die Bundeswehr verträgt keine CDU-Politruks

sp - Aus einem zwielfichtigen Winkel des Bundesverteidigungsministeriums, in dem man seit Jahr und Tag die grundgesetzliche Aufgabe eines überparteilichen und dem ganzen Volke verpflichteter Staatsdieners mit der trüben Funktion eines Propaganda-Politruks der Aderauer-Partei verwechselt, wurde soeben ein Zweckgerücht lanciert, das so übel ist, dass es sogar in den Urheberkreisen seinesgleichen suchen muss. Dieses üble Gerücht, das sich in der Niederschrift in einem parteioffiziösen CDU-Dienst das Gehabe einer generalstäblichen Analyse gibt, stellt die völlig aus der Stickluft der CDU-Agitation gegriffene böseartige Behauptung auf, dass die SPD von nun an ihre Propaganda eindeutig auf die Ablehnung der Landesverteidigung ausrichten werde.

Ohne Rücksicht auf alle offenkundigen Tatsachen, ja unter ihrer bewussten Verleugnung, erfindet dieses CDU-Gerücht "drei Komponenten" einer angeblichen "Anti-Verteidigungspropaganda" der SPD: 1. Personifizierung dieser Propaganda durch Proklamierung des Verteidigungsministers als "negative Symbolfigur"; 2. Angriffe gegen die Bundeswehr durch Bereitstellung der SPD-Zeitungen für den Niemöller-Anwalt Dr. Heinenmann und für Dr. Arndt als Werber für die Atomdienst-Verweigerung; 3. Agitation gegen die befreundeten Stationierungstreitkräfte auf deutschem Boden durch Betätigung der SPD als treibende Kraft in der Anti-Atomwaffenbewegung auf kommunaler Ebene, wie z.B. in Dortmund und Nürnberg mit der Kommunistenformel "Ami go home!" im Hintergrund.

Diese Klitterung von drei, dabei auch nur teilweise richtig wiedergegebenen Vorgängen zu einer völlig frei erfundenen angeblichen "SPD-Kampagne gegen die Landesverteidigung" verrät die kundige Hand der absolut bedenken- und charakterlosen CDU-Politruks, die sich nicht scheuen, die Staatsdiener-Uniform des Bundeswehr-Offiziers zu hinterhältigsten "Unter-dem-Gürtel"-Schlägen in dem unsauberen Manöver zu misstrauen, das sie "psychologische Kampfführung" nennen. Sie scheuen sich auch nicht, das legale und verfassungsmässig verbriefte Recht jedes westdeutschen Bundesbürgers, im Rahmen der grundgesetzlichen Meinungsfreiheit als aufrechter Demokrat seiner inneren Überzeugung gegen Atomwaffen und Atomwaffendienst jederzeit öffentlich Ausdruck geben zu können, als

Bundeswehr-Feindlichkeit, als Agitation gegen Stationierungstrafkräfte und als Ausfluss kommunistischer Infiltration zu verdrängen, zu diffamieren und zu denunzieren.

Der billigste Trick des ganzen üblen Spiels ist aber die versuchte Gleichstellung des immer unstritteneren Bundesverteidigungsministers mit der verfassungsmässigen Institution der Bundeswehr und mit der Landesverteidigung. Gerade in diesen Tagen hat die der SPD sonst kritisch und ablehnend gegenüberstehende "Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung" diese Gleichstellung oder sogar Identifizierung der Person des Herrn Strauss mit der Institution der Bundeswehr ganz entschieden als demokratiegefährdend zurückgewiesen. Herr Strauss war und ist nicht mehr als der zufällige und zeitbedingte Inhaber der staatlichen Funktion eines Chefs des Verteidigungsressorts; die Bundeswehr war vor ihm und sie wird nach ihm sein, und im Handumdrehen wird er früher oder später als Minister-Person ebenso vergangen sein, wie das seinem Vorgänger Blank geschehen und widerfahren ist; die Auswirkungen der kostspieligen Funktionstätigkeit des Ministers werden jedoch leider lange zu spüren sein; die Hypothek, die uns Theodor Blank aufgeladen hatte, war schon keine geringe Last.

Die in der Umgebung dieses Ministers erfundene Formel "Strauss-Bundeswehr" aber muss die Beteiligten der blanken Lächerlichkeit ausliefern. Wenn die SPD, deren Position zur Landesverteidigung und zur Bundeswehr positiv ist, nach dem Vorschlag ihres stellvertretenden Vorsitzenden von Knoeringer diesen ausgeprägten Macht-Manager Franz Josef Strauss als "negative Symbolfigur" ihrer Grundsatzpropaganda ausgesucht hat, dann ist das ein Ding und dann ist die Bundeswehr ein anderes Ding; das sind zwei himmelweit voneinander getrennte Probleme und Fakten. Die SPD weiss zwischen Strauss und der Bundeswehr hart und genau zu trennen, und sie wünscht und verlangt, dass ihr hierbei keine Vermischung unterschoben wird. Sie wird daher allen mit grober Faust auf die Finger klopfen, die sich solcher Untat unterfangen sollten; auch wenn die Übeltäter zur Tarnung ihrer CDU-Politik-Tätigkeit zufällig die Uniform der Bundeswehr tragen und sie schamlos missbrauchen.

Ursachen und Wirkungen der französischen Märzahlen

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Das erste Kapitel der französischen Gemeindewahlen ist abgeschlossen: Wahlriederlagen der gaullistischen UMR und der Rechtsunabhängigen, kommunistischer Vorkarsch im ganzen Land, Stimmengewinne der Union der Demokratischen Kräfte (UDF), der Autonomen Sozialisten und der Mendes-France-Anhänger (Mendesisten), Stimmengewinne auch der SFIO und der "Systemparteien" dort, wo sie sich rechtzeitig von der UMR abgegrenzt haben. Gaston Defferre, der sozialistische Bürgermeister von Marseille, der gegen die Politik Lacostes eine gewisse Opposition zeigte, erhielt 33,6 Prozent, Mollet dagegen kommt in Arras (Nordfrankreich) in eine schwierige Stichwahl. In Paris fällt die SFIO auf 7 Prozent und in Lyon auf 6 Prozent Stimmenanteil zurück.

Die Kommunistische Partei ist wieder zur stärksten Partei geworden: sie hat 35 Prozent in Paris und die absolute Mehrheit in den Vorstädten, 35 Prozent in Marseille und 20 Prozent in Lyon. Die UDF erzielte stellenweise gute Erfolge: Claude Bourdet wird Gemeinderat in Paris, der Generalsekretär der Autonomen Sozialisten, Depreux, erhielt in Seeux die meisten Stimmen, die Autonomen Sozialisten erobern auch fünf Abgeordnete im Gemeinderat von Toulouse.

Die beiden geschwächten Regierungsparteien, Gaullisten und Unabhängige werden nun in den Stichwahlen, die am kommenden Sonntag (15.3.), in den Gemeinden unter 120 000 Einwohnern stattfinden, Bürgerblocklisten bilden, gegen die sich aber diesmal zahlreiche Einheitsfrontlisten aller Linksparteien stellen.

Und damit beginnt das zweite Kapitel dieser hochpolitischen Märzahlen. Zum erstenmal kommt es trotz der Weisungen der zentralen Leitung der SFIO zu gemeinsamen Listen der Kommunisten, SFIO, Autonomen Sozialisten, Linksozialisten, Mendesisten in vielen Städten: Montpellier, Angers, Carcassonne, Brest, Elort, Douai, Tourcoing, Saint-Nazaire, usw., meistens zugunsten eines sozialistischen Bürgermeisters. Es ist klar, dass damit eine neue Volksfrontidee Fuss fasst. Das gaullistische Regime erntet, was es gesät hat.

Die gaullistische UMR ist somit in die Defensive gedrängt. Soustelle der Bürgermeister von Lyon werden wollte, erhielt nur 18 Prozent! Seine Partei fiel in Paris auf 21 Prozent, in Lille von 42 auf 23 Prozent und in Marseille auf 8,5 Prozent. Auch die Rechtsextremisten sind diesmal nicht zum Zug gekommen.

Der politische Linksruck der französischen Wähler hat wesentlich wirtschaftliche und soziale Ursachen.

Es gibt in Frankreich gegenwärtig 200 000 "teilweise Arbeitslose" und rund 50 000 "vollständige Arbeitslose", erklärt der christlich-soziale Arbeitsminister Bacon. Nach Mitteilungen aus Wirtschaftskreisen liegen die Ziffern höher: 300 000 und 100 000. Das also ist die Bilanz der bisherigen Wirtschaftspolitik des neuen Regimes: eine Steigerung der Arbeitslosigkeit um 43,7 Prozent seit dem 11. Oktober 1957, eine Verdreifachung im Vergleich zu der vorherigen Periode der Vollbeschäftigung. Die Zahl der Stellengesuche, die nicht befriedigt werden konnten, ist seit einem Monat um 68 Prozent gestiegen, seit 1957 hat sich diese Zahl verdreifacht. Die Stellenangebote sind zu einer Seltenheit geworden.

Noch im Juli vorigen Jahres gab es 36 746 Arbeiter, die als "teilweise Arbeitslose" galten, jetzt sind es fast 200 000, also mehr als fünfmal so viel. Am meisten betroffen sind die Textilindustrie (393 000 Tage), die Bekleidungs- und die Schuhindustrie.

370 000 Arbeiter arbeiten gegenwärtig weniger als 40 Stunden, eine Erscheinung, die es vor einem Jahr überhaupt nicht gab. Die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit ist in Januar auf 44,6 gegen 45,6 Stunden am 1. Oktober gefallen, was die allgemeine Baisse in der französischen Industrie widerspiegelt. Dieser Niedergang ist gleichbedeutend mit einer Verringerung der Kaufkraft um ungefähr 170 Milliarden jährlich.

Die französische Regierung will nun die Staatsaufträge und die Ausfuhr fördern, Bankkredite sollen gewährt werden, die im Dezember eingeleitete Austeritätspolitik soll gebrochen werden. Bis jetzt kiess es, dass angeblich zuviel konsumiert wird, man entdeckt jetzt, dass die Wirtschaftspolitik Pinay-Rueff ein Billigung de Gaulles, zu allgemeiner Enttäuschung und Verbitterung geführt hat. Die Massenstreiks in Belgien und Italien sind auch für Frankreich ein Warnsignal. Hintergrund des politischen Linksruckes ist also ein Wiederaufleben des sozialen Bewusstseins.

Frau Schwarzhaups Giftpfeil

Von Dr. Adolf Arndt, MdB.

Frau Schwarzhaupt MdB. hat mit pharisäerhafter Überheblichkeit Carlo Schmid die Eignung zum Bundespräsidenten mit der Bemerkung abzusprechen versucht, dass Carlo Schmid die "verfassungswidrige Volksbefragung" über die atomare Aufrüstung befürwortet hat.

Dass das von Carlo Schmid befürwortete Bundesgesetz über eine solche Volksbefragung verfassungswidrig gewesen wäre, ist eine einseitige und unbewiesene Behauptung von Frau Schwarzhaupt. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Beschlusse vom 26. 3. 1958 ausdrücklich ausgesprochen, dass in diesem Streit

"weder die eine noch die andere Auffassung als unhaltbar oder evident unrichtig bezeichnet werden kann".

Hiermit hat das höchste Gericht festgestellt, dass man mit guten Gründen in der Frage, ob nach unserer Verfassung eine Volksbefragung statthaft ist, verschiedene Meinungen vertreten kann.

In seinen Urteilen vom 30. 7. 1958 ist das Bundesverfassungsgericht zwar zu dem Ergebnis gekommen, dass aus Gründen der Zuständigkeit ein Land nicht durch Landesgesetz diese Volksbefragung wegen der atomaren Aufrüstung veranstalten dürfe, aber es hat wiederum ausdrücklich offengelassen, ob das von Carlo Schmid befürwortete Gesetz des Bundes in einem Widerspruch zur repräsentativen Ausprägung unserer Staatsordnung stehen würde. Mindestens ist diese Streitfrage also noch wie vor offen.

Würde man in der überheblichen Weise der Frau Schwarzhaupt ein Scherbengericht abhalten wollen, wer verfassungswidrige Gesetze nicht nur befürwortet, sondern sogar durchgesetzt hat, so lassen sich gleich eine ganze Reihe von Bundesgesetzten aufzählen, die mit den Stimmen der CDU/CSU verabschiedet wurden, aber vor Bundesverfassungsgericht mit überzeugenden Gründen als verfassungswidrig für nichtig erklärt worden sind. Nach der vergifteten und parteilichen Logik von Frau Schwarzhaupt würde demnach ein CDU-Parlamentarier überhaupt nicht als Bundespräsident in Betracht kommen können.

## Die Hasslocher wollen keine Raketen

Von Günther Paschner

In diesen Tagen macht ein amtliches Schreiben des Bürgermeisters der 15.000-Einwohner-Gemeinde Hassloch/Pfalz seinen aufsichtsbehördlichen Weg über das Landratsamt und die Bezirksregierung in Neustadt/Weinstraße und die rheinland-pfälzische Staatskanzlei in Mainz zur Bonner Ermekeil-Kaserne. Das Schreiben enthält die Stellungnahme des größten Dorfes von Rheinland-Pfalz zu der Frage der Inanspruchnahme gemeindeeigenen Geländes für den Bau einer NATO-Raketenstation, eine Stellungnahme, die schlicht und einfach "Nein" heißt.

### Ein mutiger Kinobesitzer

Das Großdorf, das sich bisher vor allem durch seine sportlichen Leistungen - Hasslocher Handballer gehören zur deutschen Spitzenklasse, und die Hasslocher Pferderennbahn ist seit achtzig Jahren in ganz Deutschland bekannt - einen Namen gemacht hat, ist seit seiner publik gewordenen Raketen-Abstuzung vielfach zitiert worden. Die Bombe platzte am 16. Januar 1959: An diesem schönen Januarmorgen wurden die 4.000 Hasslocher Haushalte mit Flugblättern bedacht, die ein - politisch bisher nie hervorgetretener - Kinobesitzer im eigenen Namen und auf eigene Rechnung hatte drucken lassen. "Der drohende Atomtod steht nun auch vor Deiner Tür!", lasen die aufgeschreckten Hasslocher. Im Hasslocher Wald soll eine Raketen-Abschussrampe errichtet werden. "Solche diktatorischen Entscheidungen der Regierungs- und Militärbehörden hat kein Hasslocher Bürger bei den Wahlen zugestimmt". - "Das kann nicht die Verheißung unserer Demokratie in Frieden und Freiheit sein, daß man uns bereits heute schon den Atomtod preisgibt ...!" - "Als Not- und Tatgemeinschaft gegen den Atomtod wollen wir in höchster sittlicher christlicher Pflicht dem Ungeist der Entwürdigung des Menschen begegnen". Das waren harte Worte. Und nun waren die Raketen-Puppen am Tanzen.

Obwohl: angefangen hatte es schon einige Monate früher, im November 1958. Damals wurde Bürgermeister Emil Schneider, der seit 1949 als Sozialdemokrat mit der Mehrheit seiner Parteifreunde und vor allem mit Initiative und Aktivität - wofür der Wohnungs- und Straßenbau, die Industrie-Ansiedlung und das moderne Schwimmbad Zeugnis ablegen - die Geschichte des Großdorfes lenkt, ins Regierungspresidium bestellt. Dort wurde ihm das für Hassloch bestimmte Raketen-Schicksal eröffnet. Unter dem Siegel strengster Geheimhaltung! Bürgermeister Schneider machte zur Bedingung, daß sein Gemeinderat unterrichtet werden dürfe. Das geschah denn auch. Alles lief unter dem Stichwort "Geheime Kommandosache". Ein Beschluß war vorerst nicht zu fassen, da noch Gutachter des Wasserwirtschaftsamtes und des Regierungsforstamtes ausstanden.

### Bevölkerung beunruhigt

Als aber - trotz Geheimhaltungsvorschrift - einiges in die Öffentlichkeit gedrungen und die Bevölkerung durch das Flugblatt mit Recht beunruhigt war, konnten auch die Gemeinderäte nicht länger schweigen. Als erstes gab die SPD-Fraktion eine öffentliche Stellungnahme ab und erklärte, sich "mit allen zu Gebote stehenden Mitteln" einzusetzen, daß "der Hasslocher Wald von solchen Teufelsgeräten freigehalten" werde. Die Rechtsminderheit von fünf CDU-, drei Freie-Liste- und einem FDP-Gemeinderat, schloss sich mit ähnlich lautenden Erklärungen an. Daraufhin fuhr Bürgermeister Schneider als eigenen Entschluß zur Mainzer Staatskanz-

Bei, um eine öffentliche Behandlung der Frage durch den Gemeinderat zu erwirken. Aber es blieb dabei: die Staatskanzlei berief sich auf das Bundesverteidigungsministerium und die Geheimhaltungsvorschriften bei militärischer Planung.

Der Gemeinderat von Hassloch aber wollte in öffentlicher Sitzung die Frage behandeln. Als endgültig feststand, daß die Aufsichtsbehörde das nicht gestattete, stellte er seine Mitarbeit ein. Das Landratsamt als unterste Aufsichtsbehörde aber informierte die Gemeinde, daß es einen "Streik" von Mandatsträgern nicht gebe. Die Gemeinderatsmitglieder könnten lediglich ihr Mandat niederlegen. Daraufhin beschloß der Gemeinderat, nachzugeben und die Raketen-Station doch in nicht-öffentlicher Sitzung zu behandeln. Der "Streik" wurde nach zwölf Tagen abgeblasen.

Sogar die CDU Mandatsträger ...

Und nun platzte eine neue Bombe. Als das Ergebnis der internen Beratung und Abstimmung durch Erklärungen der Fraktionen nach Sitzungsende bekannt wurde, stellte sich heraus, daß fünf Gemeinderäte plötzlich nicht mehr gegen "Nike-Ajax"-Stellungen im Hasslocher Wald waren. Da die CDU ein Fünftel der 25 Gemeinderatssitze einnimmt, war es für die Hasslocher nicht schwer, festzustellen, wer plötzlich aus seinem Herzen eine Mörchergrube gemacht hatte. In Bonn und Mainz für atomare Bewaffnung und Raketen eintreten und sie in Hasslocher Wald vor die eigene Haustüre gesetzt bekommen, sind eben zwei Paar Stiefel ...

Offiziell haben weder Mainz noch Bonn zu dem Hasslocher Raketen-Dilemma Stellung genommen. Inoffiziell wurden allerdings einige Meinungen geäußert. So erklärten "zuständige Stellen in der Landeshauptstadt" (Mainz) - einem öpa-Bericht vom 16. Februar 1959 zufolge -, den "treibenden Kräften in Hassloch gehe es gar nicht um eine sachliche Stellungnahme zu dem Vorhaben, sondern darum, ermutigt durch die Dortmunder Vorgänge, eine neue Atomdebatte aufzuziehen". Daß die Beunruhigung durch die Flugblatt-Aktion noch ein Tag vor dem Einspruch des Dortmunder Stadtrates gegen die Verlegung des britischen Raketen-Regimentes nach Dortmund-Brackel erfolgte und erst dann die öffentliche Diskussion einsetzte, kümmert die "zuständigen Stellen der Landeshauptstadt" nicht weiter. Ebenso wenig wie jene "regionalen Bundeswehrstellen", die - wiederum nach dem zitierten öpa-Bericht - ihre - natürlich völlig unmaßgebliche - Ansicht kundtaten: "In keinem anderen Land der Welt wäre so etwas möglich!" Von den Protesten britischer Bürger gegen die Raketenstellungen an der englischen Ostküste, wo sich Atomgegner vor die Baumaterial transportierenden Lastwagen geworfen haben, haben die "regionalen Bundeswehrstellen" noch nichts gehört. Oder hören wollen.

"... da muß ich Sie loben"

Anders klingen jene Stellungnahmen, die sich in Zuschriften an die Gemeinde Hassloch äußern. Da schreibt ein pfälzischer Pfarrer, der betont, daß er ehemaliger Artillerie-Offizier war, er habe "mit großer Freude und Bewunderung von den mütigen Protesten gegen die Stationierung von Raketen" gehört. "Jeder Pfälzer, der seine Heimat liebt, muß mit Ihnen zum Widerstand gerufen werden gegen diese völlig sinn- und zwecklose Vorbereitung der Vernichtung". Und eine Frau aus München schreibt, was nicht nur die Hasslocher Bevölkerung empfunden hatte: "... da muß ich Sie loben, daß Sie sich nicht alles gefallen lassen". Was nun weiter wird, ist zunächst noch offen. Die Hasslocher warten auf den Bescheid "von oben", der zwangsläufig der Stellungnahme ihres Bürgermeisters folgen muß. Sie sind gegen Raketenstellungen in ihrem Wald, weil sie die Früchte mühsamer Arbeit der letzten zwölf Jahre nicht durch militärische Maßnahmen gefährdet wissen wollen, die ihnen im Ernstfall keinen Schutz bieten, sondern ihr Dorf vielmehr als Angriffsziel interessant machen.